

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat der Stadt Heinsberg,  
verehrte Zuhörer,  
verehrte Vertreter der Presse,

die Stadt Heinsberg erzielt im Haushaltsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Erträge in Höhe von über 10 Millionen Euro, und hat dennoch mit über 7 Millionen Euro ein um knapp 1,8 Millionen Euro höheres Defizit als im Haushaltsplan 2015. Da stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Ursache. Die Antwort ist leider einfach. Auch die Aufwendungen liegen im Vergleich zu 2015 deutlich höher. Die Mehraufwendungen betragen knapp 12 Millionen Euro.

Ich möchte dies, sofern es im Zeitrahmen einer solchen Rede möglich ist, gerne erläutern.

Wie setzen sich also die Mehrerträge zusammen? Aus Steuern und ähnlichen Abgaben erzielt die Stadt Heinsberg ein Plus in Höhe von 3,7 Millionen Euro. Auf die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer entfallen davon allein 2,2 Millionen Euro. Diese Mehrerträge sind Ausfluss der bereits im Jahr 2015 beschlossenen Anhebung der Realsteuerhebesätze.

Zwar erfolgte die Beschlussfassung über die Satzung über die Anhebung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Heinsberg zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits bekannt war, dass deutliche Mehrerträge im Bereich der Gewerbesteuer erzielt wurden.

Diese Mehrerträge blieben aber immer noch deutlich hinter dem planerischen Defizit zurück und es gilt festzustellen, dass die Mehrerträge, die sich erst zum Ende des Jahres 2015 auf insgesamt knapp 5,5 Millionen Euro beliefen, das Jahresergebnis 2015 verbessert haben, sich aber auf die Planungen des Jahres 2016 nicht auswirken.

Im Klartext heißt das: Hätten wir die Realsteuern nicht angehoben, stünden wir nun mit dem Haushalt des Jahres 2016 vor einem planerischen Defizit von über 9 Millionen Euro.

Insofern lege ich ausdrücklich Wert auf die Feststellung, dass der Mehrertrag 2015 nicht in einem direkten Kontext zur Haushaltsplanung 2016 zu sehen ist. Eine noch so erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuererträge, wie wir sie im Jahr 2015 verzeichnen durften, muss nicht zwangsläufig zur Regel werden. Die entgegengesetzte Entwicklung kann sehr schnell fatale Folgen haben. Viele Kommunen, auch im näheren Umfeld, haben das deutlich zu spüren bekommen. Genau unter diesem Aspekt wurde der Ansatz der Gewerbesteuererträge 2016 vorsichtig ermittelt. Er liegt aber immerhin um 1,58 Millionen Euro über dem Ansatz 2015.

Weitere Mehrerträge verzeichnen wir bei den Verbundsteuern, hier in erster Linie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier fließen der Stadt Heinsberg insgesamt über 1,1 Millionen Euro mehr zu. Das beruht im Wesentlichen auf der Tatsache, dass sich sowohl die Verteilungsmasse erhöht hat, als auch die für Heinsberg maßgebliche Schlüsselzahl angehoben wurde.

Deutliche Mehrerträge sind auch in den Produktbereichen 05 - soziale Leistungen und 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu verzeichnen.

Den höchsten Transfermehrertrag stellen die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dar.

Hier gehen der Stadt Heinsberg 3,05 Millionen Euro mehr zu. Eingeplant sind auch Mehrerträge von 1,5 Millionen Euro für das Notaufnahmelager an der Westpromenade, wobei zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltssatzung die Aufgabe dieser Einrichtung zum 31. März 2016 noch nicht bekannt war.

Auch bei der Hilfe zur Erziehung für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge schlagen Mehrerträge von über 400.000 Euro zu Buche.

Dies zu den Mehrerträgen.

Wie ich bereits andeutete, resultiert der im Vergleich zu 2015 erhöhte Fehlbetrag im Ergebnisplan auf deutlich erhöhten Mehraufwendungen in Höhe von fast 12 Millionen Euro.

Die Personalaufwendungen steigen im Vergleich zu 2015 um etwa 1,5 Millionen Euro an. Begründet ist dies mit den Besoldungs- und Tarifierhöhungen, erhöhten Zuführungen zu Beihilfe und Altersteilzeitrückstellungen sowie der Einstellung zusätzlichen Personals in den unterschiedlichsten Bereichen. Hier schlägt u. a. die U-3-Betreuung erheblich zu Buche. Auch die ständig ansteigenden Aufgaben im Jugendamt erhöhen den Personalbedarf ebenso wie die aufgrund der Agenda 2025 durchzuführenden Personalmaßnahmen.

Neben den Personalaufwendungen steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um etwa 2, 4 Millionen Euro an. Dazu gehören Kostensteigerungen bei der Gebäudeunterhaltung, den Bewirtschaftungsaufwendungen und der Vergütung für die Müllabfuhr, was sich wie folgt aufschlüsselt:

Für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens fallen Mehraufwendungen in Höhe von 1 Million Euro an.

Diese Mittel werden in erster Linie hier im Rathaus für Umbaumaßnahmen und für den Grundschulbereich verwendet. Geplant ist, den Bediensteten des Jugendamtes Büroräume im Erdgeschossbereich des Rathauses zur Verfügung zu stellen und die veraltete Beleuchtung auf energiesparende LED Leuchten umzurüsten.

Im Rahmen der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens werden wir ein gemeinsames Projekt mit der Alliander Netz Heinsberg GmbH im Jahr 2016 angehen. Ein entsprechender Beschluss des Bauausschusses liegt bereits vor.

In einem ersten Projekt in den Jahren 2010/2011 hatten wir Modernisierungsmaßnahmen an der Straßenbeleuchtung hier in Heinsberg vorgenommen. Die Investition hat sich zwischenzeitlich, deutlich früher als geplant, amortisiert und beschert uns jährliche Einsparungen bei der Lichtlieferung, Wartung und Instandhaltung von 200.000 Euro. Gleichzeitig reduzieren wir den CO<sup>2</sup> -Ausstoß um über 500 Tonnen pro Jahr. In dem nun anstehenden Projekt, das durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert wird, liegt die Amortisation des Projektes unter zwei Jahren.

Sie sehen, meine Damen und Herren, man kann effiziente Straßenbeleuchtung auch ohne Nachtabschaltung betreiben.

Nahezu 400.000 Euro müssen wir nach der Neuausschreibung mehr für die Vergütung der Unternehmen für die Abfallentsorgung aufwenden. Hier stehen aber innerhalb der entsprechenden kostenrechnenden Einrichtung Gebührenerträge gegenüber.

Zu einer erhöhten Kostensteigerung führt auch die von uns in diesem Jahr abzuführende Kreisumlage. Zahlten wir im letzten Jahr noch 21,3 Mio. Euro, sind es in diesem Jahr 1,5 Mio. Euro mehr, mithin insgesamt 22,8 Mio. Euro.

Eine Kostensteigerung von rund 4,4 Mio. Euro liegt bei den Sozialtransferaufwendungen. Dies beinhaltet u. a. die finanziellen Aufwendungen für die Flüchtlinge, die uns allerdings zum Teil über die Landeszuweisungen erstattet werden. Die hierfür beim Land zur Verfügung gestellten Mittel werden derzeit, das wird für das gesamte Jahr 2016 sein, nach dem in § 4 FlüAG normierten Schlüssel aufgeteilt, d. h. zu 90 % nach der Einwohnerzahl der Kommunen und zu 10 % nach ihrer Fläche. Es wird daher im Jahr 2016 nicht auf die tatsächlich in den einzelnen Kommunen betreuten Flüchtlinge ankommen, was einigen größeren Städten sehr zugute kam.

Um die damit verbundene Ungerechtigkeit zu beseitigen, werden ankommende Flüchtlinge derzeit ausschließlich auf die großen Städte verteilt, die im Gegensatz zum ländlichen Raum ihre Aufnahmequote bei weitem nicht erfüllt hatten. Nur als Beispiele seien Duisburg mit 59 % und Köln mit 62 % genannt, die aber wohl in den Genuss der vollen Landeszuweisungen nach dem eben genannten Schlüssel kamen.

Für das Jahr 2017 erfolgt die Umstellung des Systems, jede Kommune erhält dann eine monatliche Zahlung pro Flüchtling in Höhe von 866,00 Euro.

Die Verteilung der Summe wird dann gerecht personen- und monats-scharf ab der Zuweisung der Flüchtlinge in die Kommunen erfolgen.

Wenn dann allerdings ein Antrag negativ beschieden wird, ist die Zahlung nach Vorlage des rechtskräftigen Bescheides auf weitere drei Monate befristet.

Dann werden wir, sollte es bei der bisherigen mehr als schleppenden Abschiebep Praxis bleiben, für die darüber hinaus gehende Zeit keine Kostenerstattung bekommen.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich Ihnen nur die wesentlichen Abweichungen auf der Ertrags- und der Aufwandsseite dargelegt. Transparent wird damit, dass alleine Mehrerträge von fast 10 Mio. Euro nicht zwangsläufig auch zu einem guten Gesamtergebnis führen.

Es wird es uns voraussichtlich auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum nicht gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wenn aber die Planwerte eingehalten werden können, wird unser Defizit im Jahr 2019 aus heutiger Sicht auf etwa 2,7 Millionen Euro reduziert.

Unter diesem Aspekt bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das mit der Agenda 2025 gesteckte Ziel, bis zum Jahr 2025 den Haushaltsausgleich zu erzielen, erreichen können.

Wenden wir uns nun dem investiven Teil unseres Haushaltes 2016 zu.

Die Kernaussage lautet: Heinsberg kann trotz der angespannten Haushaltslage auch investieren.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit übersteigen den Planansatz des Jahres 2015 mit über 6 Millionen Euro um etwa 1 Million Euro. Dabei bilden die Baumaßnahmen mit über 4 Millionen Euro den Schwerpunkt. Auf den Hochbau entfallen etwa 1,8 Millionen Euro und auf den Tiefbau 2,3 Millionen Euro.

Für das im vergangenen Jahr anfinanzierte Feuerwehrgerätehaus in Aphoven, das für die zusammengeführten Löschgruppen Aphoven, Laffeld und Scheifendahl errichtet werden soll, werden weitere 800.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Vorjahres konnten wir auch noch zwei Feuerwehrfahrzeuge mit einem Gesamtvolumen von 694.000,00 Euro in Auftrag geben, die im Laufe des Jahres ausgeliefert werden. Für den Kindergarten Aphoven/Laffeld sind weitere 320.000 Euro in diesem Jahr vorgesehen.

Aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements der Interessengemeinschaft Oberbruch 2020 steht fest, dass die Festhalle in Oberbruch über einen Zeitraum von 10 Jahren und einem finanziellen Volumen von über 2 Mio. Euro saniert wird. Hierfür steht bereits ab diesem Jahr eine Rückstellung von über 600.000 Euro zur Verfügung.

Auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes werden wir mit einem Eigenanteil von rund 170.000 Euro Gesamtinvestitionen leisten können in Höhe von 1,9 Mio. Euro. Diese Mittel werden zum einen in die Kindergärten für Erweiterungsmaßnahmen fließen, zum anderen in die energetische Sanierung von Grundschulen.

Für die Grundschulen selbst stellen wir künftig weiter 800.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung.

Einen Großteil unserer investiven Haushaltsmittel bindet in diesem Jahr die Karl-Arnold-Straße. Für den Kanal werden 600.000 Euro und für den Gehweg weitere 500.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Fast 1 Million Euro werden wir in diverse Kanäle, Pumpstationen und Regenrückhaltebecken investieren.

Wie in den Jahren zuvor, werden wir auch im Jahr 2016 die Vorgaben der Nachhaltigkeitssatzung einhalten, das heißt uns nicht weiter neu verschulden.

Zu Beginn des Haushaltsjahres beträgt der voraussichtliche Stand an Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen 39.233.000 Euro. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung liegt damit unter 1000 Euro und so deutlich unter dem Landesdurchschnitt und auch deutlich unter dem Wert vergleichbarer Kommunen aus der Region.

Die Liquidität der Stadt Heinsberg ist so gut, dass Liquiditätssicherungskredite in 2015 wie auch in den Vorjahren seit 2010 nicht aufgenommen werden mussten und nach heutigem Erkenntnisstand auch im Planungsjahr 2016 nicht erforderlich werden. Gleichwohl ist eine entsprechende Ermächtigung in der Haushaltssatzung 2016 vorgesehen.

Positiv ist auch die Entwicklung unseres Eigenkapitals. Planerisch war das Defizit 2015 mit 5,2 Millionen Euro angesetzt. Damit wäre dann zwangsläufig wieder eine deutliche Reduzierung des Eigenkapitals in dieser Größenordnung einhergegangen.



Das wird angesichts der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer nicht so sein und hat dann in den Folgejahren natürlich Auswirkungen auf die relative Veränderung der allgemeinen Rücklage. Dies wirkt sich entsprechend positiv auf den Prozentwert aus, der ausschlaggebend ist für die Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Diese Gefahr ist damit geringer geworden.

Die detaillierte Bewertung sollte aber der Feststellung des endgültigen Ergebnisses 2015 vorbehalten sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich auch kurz, aber nicht nur unter Kostengesichtspunkten, auf die Flüchtlingssituation in Heinsberg eingehen.

Am 11. August 2015 erreichte mich der Anruf der Bezirksregierung Köln. Wir wurden aufgefordert, extrem kurzfristig eine Notunterkunft für 150 Personen einzurichten, was in einem Kraftakt gelang und genau eine Woche später hatten 150 Menschen die beiden Turnhallen an der Westpromenade bezogen.

Mit Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helfer wurde diese Einrichtung mit uns und für uns vom Roten Kreuz betrieben.

Am 01. April ist die Einrichtung Geschichte. Die Turnhallen werden dann nach Rückbau wieder für den Schul- und Freizeitsport zur Verfügung stehen.

Dies bedeutet aber auch gleichzeitig, dass die bisher auf unsere Aufnahmeverpflichtung angerechnete Anzahl der im Camp betreuten Personen wegfällt und wir künftig alleine deshalb mit einer entsprechenden Aufstockung um 225 Personen rechnen müssen, was dann noch unabhängig von den uns zusätzlich zugewiesenen Personen sein wird. Aufgrund der nicht überschaubaren Entwicklung in diesem Bereich können wir in Heinsberg am Ende des Jahres durchaus mit mehr als 1000 Flüchtlingen rechnen.

Die Bewältigung der daraus resultierenden Aufgaben wird für Heinsberg wie für alle anderen Kommunen der Bundesrepublik Deutschland sehr schwierig werden.

Die Wohnungsversorgung ist derzeit noch gesichert. Ca. 540 Personen sind untergebracht, Wohnungsflächen für weitere 400 Personen sind bevorratet. Weitere Wohnungen werden nach wie vor vorsorglich gesucht. Demgegenüber haben nach Aussagen des Städte- und Gemeindebundes NRW bereits etwa 100 Kommunen eine Überlastungsanzeige abgegeben.

Bei uns hat sich die dezentrale Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Ortsteile sehr bewährt. Wir bemühen uns nachhaltig um eine ausgewogene Verteilung.

Die weitaus schwierigere Aufgabe wird aber die Integration der zu uns kommenden Menschen sein.

Soziale Einbindung beginnt mit der Einrichtung von Deutschkursen, über die Schaffung von KiTa-Plätzen und integrierenden Unterrichtsmöglichkeiten bis zur Integration auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Das werden die vordringlicheren Aufgaben sein, wobei es auch um die Vermittlung und Einhaltung unserer Sitten- und Moralvorstellungen geht. Das sage ich mit Nachdruck.

Stolz bin ich in diesem Zusammenhang auf das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen. Ehrenamtliche Helferstrukturen und Arbeitskreise unterstützen uns in vorbildlicher Art und Weise.

Gemeinsam sollte es uns gelingen, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen und ich freue mich insbesondere über die in der Planungsphase befindliche Initiative des Roten Kreuzes mit der wir eine vorbildliche Kooperation anstreben.

Im übertragenen Sinne gesehen stehen vor uns Sprint und Marathon.

Sprint ist die kurzfristige Versorgung mit Unterkünften, wenn Flüchtlinge mit oder ohne Ankündigung vor der Tür stehen.

Und Marathon ist die dann folgende gesamtgesellschaftlich zu bewältigende Aufgabe der Integration.

Was die Verwaltung betrifft haben wir personell bereits eine Kraft aus der allgemeinen Verwaltung dem Ordnungs- und Sozialamt zugewiesen, die den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes mit abdeckt.

Ein Flüchtlingshelfer wird zum 01.04. unser Betreuungsteam verstärken. Er wird sich speziell vor Ort um die Unterkünfte und persönlichen Angelegenheiten der dort lebenden Menschen kümmern.

Des Weiteren wurden am letzten Samstag zwei weitere Stellen für die wirtschaftliche und soziale Betreuung der zu uns kommenden Menschen ausgeschrieben.

Insoweit erläutern auch diese Ausführungen den zu Anfang benannten Anstieg der Personalkosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun noch einen Blick auf die Gesamtentwicklung unserer schönen Stadt werfen.

Die Infrastruktur im Stadtgebiet entwickelt sich gut.

Die innerstädtische Hauptverkehrsachse der Stadt, die Karl-Arnold-Straße als Weiterführung der Industriestraße, wird ausgebaut.

Die Bauarbeiten zum Anschluss der Autobahn A 46 an das niederländische Straßennetz über die B 56 n haben begonnen. Mit der Fertigstellung wird Mitte nächsten Jahres zu rechnen sein. Wir erwarten durch den Lückenschluss eine Steigerung unserer Attraktivität als Wirtschaftsstandort.

Aufgrund der Tatsache, dass derzeit die Baumaßnahmen deutlich sichtbar sind, verspüren wir ein steigendes Interesse an Flächen in unseren Gewerbegebieten und befinden uns zurzeit in interessanten Ansiedlungsverhandlungen.

Was das Bundesstraßennetz angeht, wird es darum gehen, nunmehr die Fortführung der B 221 n als Ortsumgehung Unterbruch wieder aufzugreifen. Entsprechende Gespräche werden in Kürze mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW geführt. Wir werden nachdrücklich den Standpunkt vertreten, dass es bei einer rund 80 km langen Bundesstraße nicht angehen kann, wenn bei einem in vier Stufen ablaufenden Umgebungsbaus das letzte Teilstück fehlt bzw. nicht in Angriff genommen wird.

Die flächendeckende Versorgung mit einem leistungsstarken Glasfasernetz ist weiter vorangeschritten. Die Deutsche Glasfaser hat bis einschließlich Dezember 2015 insgesamt 17,4 Mio. Euro in den Glasfaserausbau der Stadt Heinsberg investiert.

Davon profitieren zurzeit rund 10.600 bereits fertige Anschlüsse im Stadtgebiet. Die Anzahl der Nutzer dieses neuen Glasfasernetzes ist im Jahr 2015 um 4,7 % gestiegen und weitere kleinere ergänzende Projekte sind in der Vorbereitung.

In der Sitzung des Rates vom 03.12.2015 wurde die Entscheidung dahingehend getroffen, die stadteigene Grundstücksentwicklung in Form eines städtischen Regiebetriebes im städtischen Kernhaushalt wahrzunehmen.

Auf der Grundlage einer Gegenüberstellung denkbarer Organisationsmodelle und Rechnungsformen wurde dieses Modell als wirtschaftlichste Konstellation festgestellt. Neben den zu erwartenden Einnahmen für den städtischen Haushalt wollen wir mit dieser stadteigenen Grundstücksentwicklung auch unseren Gestaltungseinfluss im Bereich des Wohnungsbaues anheben.

Die weiterführenden Schulen der Stadt Heinsberg entwickeln sich gut. Realschule und Gesamtschule haben äußerst stabile Anmeldezahlen erreicht.

Über die Grundschulentwicklung sprechen wir in der nächsten Sitzung am 13.04.2016. Bisher sind 3.000 Unterschriften zum Bürgerbegehren als wertbar ermittelt. Damit ist das nach § 26 Abs. IV GO erforderliche Quorum erreicht. Dieser Aspekt und die weiteren sich daran anschließenden Sachfragen obliegen der Entscheidung des Rates, der ich nicht vorgreifen will und darf.

In der Schwimmbadfrage fiel die Wahl auf das Konzept des Fördervereins Freibad Kirchhoven. Die Gründe für diese Entscheidung sind bereits genannt und kommentiert worden. Ich freue mich darüber, dass wir auf diesem Wege die Voraussetzungen dafür schaffen konnten, ein städtisches Freibad, ein Bad für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg, zu erhalten.

Die Menschen wohnen gerne in Heinsberg.

Heinsberg hat gegenüber dem Zeitpunkt der Haushaltsrede 2015 weitere 400 Einwohner mehr, also aktuell 41.500 mit Hauptwohnsitz in der Stadt.

Nach der neuesten Modellrechnung von IT NRW wird die Zahl der Privathaushalte bis zum Zeithorizont 2040 im Kreisgebiet um mindestens 5 bis zu 10 % steigen.

Wir leben damit in einer Zuwachsregion NRW's, während andere Regionen im Ruhrgebiet, im Bergischen Land, in Südwestfalen und auch im Hochsauerlandkreis deutliche Verluste erleiden werden.

Der Einzelhandelsumsatz in der Stadt Heinsberg war auch im vergangenen Jahr Spitze im Kreisgebiet.

Mit einem Anstieg um 2,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr lagen wir bei einem Einzelhandelsumsatz von knapp 254 Mio. Euro mit einem Vorsprung von 23 Mio. Euro auf Platz 1 der Statistik.

Diese Entwicklung ist ungebrochen positiv.

Der positive Trend der Arbeitsstadt Heinsberg setzt sich weiter fort.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsort Heinsberg) steigt ständig weiter an, beispielsweise um ca. 250 Stellen gegenüber dem Vorjahr mehr auf 15.525 Stellen zum 30.06.2015.

Insgesamt ist die Gesamtzahl der Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um ca. 360 auf ca. 22.660 gestiegen.

Wir haben einen immer noch wachsenden Einpendlerüberschuss. So suchen 2.770 Menschen mehr in Heinsberg ihren Arbeitsplatz auf, als Menschen die Stadt zum Arbeiten verlassen.

Unsere Arbeitslosenquote ist im letzten Jahr um 1 % auf 5,8 % gesunken und damit liegen wir unterhalb der kreisweit ermittelten Quote von 6,4 % und deutlich unter der Quote der Städteregion Aachen, die im Dezember 2015 bei 8,1 % lag.

Diese insgesamt positiven Rahmenbedingungen stimmen mich zuversichtlich. Heinsberg wird sich auch in der Zukunft gut entwickeln, Heinsberg ist und bleibt attraktiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!